

Archäopark wird nicht gebaut

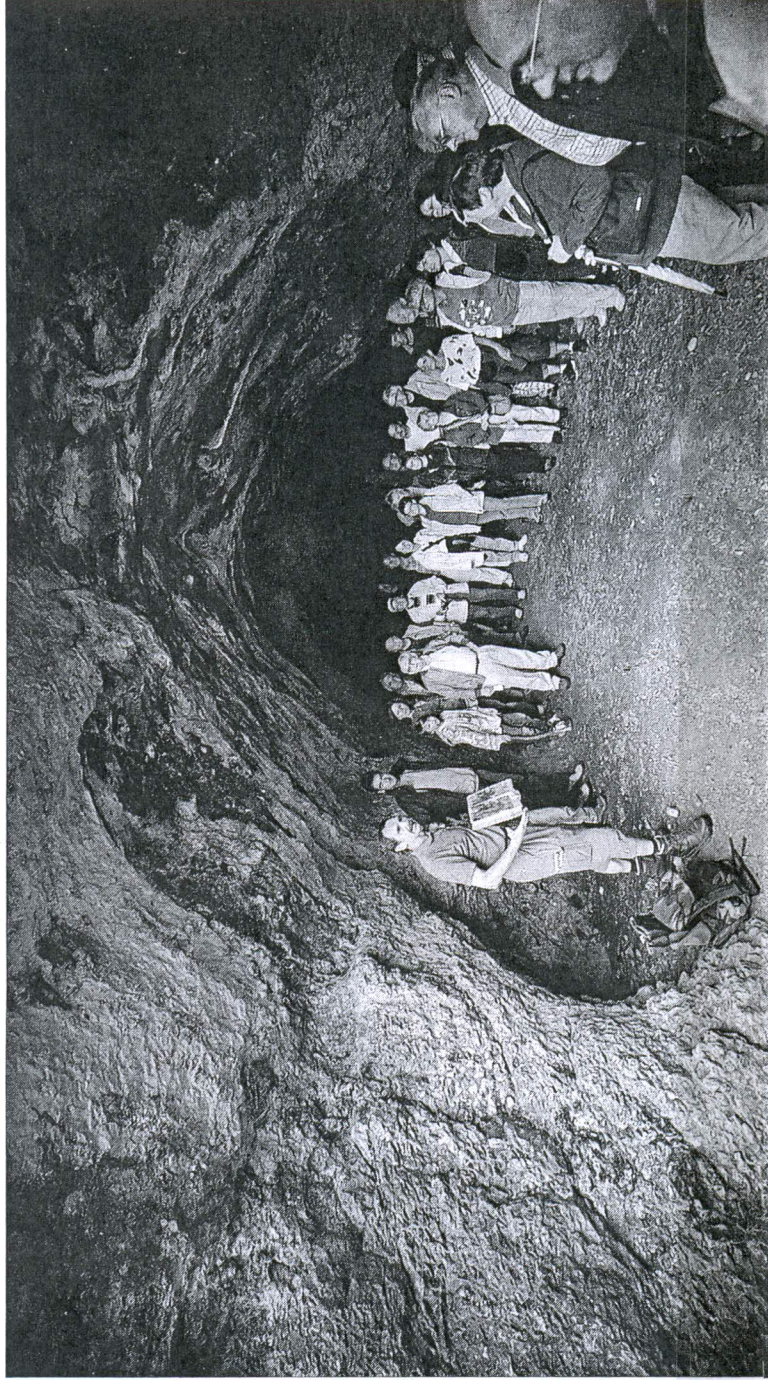
Gemeinderat Niederstotzingen gegen Projekt: Betriebskosten nicht zu stemmen

Der Archäopark bei der Vogelherdhöhle in Niederstotzingen wird aus Kostengründen nicht gebaut, der Zuschuss von 750 000 Euro zurückbezahlt. Das hat der Niederstotzinger Gemeinderat beschlossen.

KURT FAHRNER
HELGA MÄCKLE

Niederstotzingen. Mit 13 zu 8 Stimmen hat der Gemeinderat Niederstotzingen am Dienstag auf Vorschlag von Bürgermeister Gerhard Kieninger beschlossen, den geplanten Archäopark bei der Vogelherdhöhle bei Stetten ob Lomtal nicht zu bauen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren letztlich die Kosten, die die Gemeinde jedes Jahr für den laufenden Betrieb hätte aufbringen müssen.

Wie mehrfach berichtet, plant Niederstotzingen bereits seit rund fünf Jahren an dem Park, mit dem die Vogelherdhöhle als eine der Fundstätten der weltbekanntesten Eiszeit-Funde, wie etwa dem Elfenbein-Mammut, aufgewertet und touristisch besser genutzt werden sollte. Mit Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, des Universitäts Tübingen und Stuttgart sowie des Landkreises Heidenheim sollte das 1,2 Millionen Euro teure Projekt verwirklicht werden. 750 000 Euro Zuschuss aus dem europäischen Leader-Programm war dafür bereits bewilligt. Das Konzept für die Fundorte der Eiszeit-Kunstwerke sollte in enger Zusammenarbeit mit dem Urgeschichtlichen Museum in Blaubeuren erarbeitet werden, das als Schwerpunkt-museum für Altsteinzeit gilt. Darüber, wie diese Kooperation zwischen Niederstotzingen und Blaubeuren aussehen sollte, hatte es bereits mehrfach Gespräche gegeben. In der Gemeinderatsitzung er-



Mit dem Bau eines Archäoparks sollte die Vogelherdhöhle bei Niederstotzingen als Fundort der weltbekanntesten Eiszeit-Kunstwerke besser erschlossen und vermarktet werden. Nun hat der Niederstotzinger Gemeinderat das Projekt gekippt. Wie es mit der Vogelherdhöhle weitergeht, ist offen. Archwfoto

darf stoße seitens der Niederstotzinger Bürger zum Teil auf großes Unverständnis, was ihm in den vergangenen Wochen sehr deutlich gemacht worden sei, berichtete Kieninger. Dieser Betriebskostenzuschuss sei gar in Zusammenhang mit der geplanten Grundsteuererhöhung in der Gemeinde gesetzt worden. Außerdem informierte der Bürgermeister, dass der Besitzer des Grundstücks, auf dem der Archäopark hätte gebaut werden sollen, nicht bereit sei, dieses zu verkaufen. Wie berichtet, standen zwei Standorte zur Debatte, von denen einer bei einem Planungswettbewerb

als klarer Favorit hervorgegangen war. Eben diese Fläche ist nicht zu haben.

Wegen dieser Konstellationen empfahl Kieninger, auf die Realisierung des Parks endgültig zu verzichten – und im Umkehrschluss die Chance aufzugeben. Niederstotzingen kulturell und touristisch voranzubringen. Auf Anfrage sagte Kieninger gestern, dass zu viele Punkte offen geblieben seien, die zum Teil sehr unterschiedlich ausgelegt würden: von der Politik, der Wissenschaft, den Niederstotzinger „Daheraus muss man Konsequenzen ziehen, und das habe ich getan.“

Bei den Gemeinderäten waren die Meinungen am Dienstag zwiespältig. Sie schlugen unter anderem vor, dass das Land die Personalkosten für den Kustoden übernehmen oder ein privater Sponsor gefunden werden sollte. Letztlich schienen all diese Vorschläge im Hinblick auf die Finanzen der Stadt zu unsicher. Kieninger äußerte aber die Hoffnung, dass damit das Thema „Eiszeitkunst mit Originalfund am Originalschauplatz Vogelherd“ in Niederstotzingen nicht für alle Zeiten gestorben ist.

Nicht nur Professor Conard zeigte sich von der Entscheidung gestern überrascht. Auch Georg Hiller, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Urgeschichtliches Museum Blaubeuren, war perplex, schließlich habe es schon mehrfach Gespräche über die Zusammenarbeit der beiden Städte in punkto Eiszeitfunde gegeben. „Es wurden ja schon Vertragsentwürfe ausgearbeitet.“ Das Urgeschichtliche Museum werde an seinem Konzept weiterarbeiten. „Unser eigener Weg bleibt mit der Niederstotzinger Entscheidung unverändert“, sagte Hiller weiter. Schließlich gebe es einen Kabinettsbeschluss der baden-württembergischen Landesregierung, dass

